

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 13. HuFA 2009-2014 Sitzungsdatum: 15.09.2011 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 15.09.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:15 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 14.07.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.02.2011 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.03.2011 aus öffentlicher Sitzung
3. Festlegung des Termins für den 31. Bürgerempfang
4. Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister
5. Änderung der Bestellung von Vertretern der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service
6. Festsetzung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2011
7. Änderung der Dringlichkeitsliste zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen
8. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg
9. Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2012/13
10. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes - Einkaufszentrum Am Wasserturm - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

11. Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -
12. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
13. Photovoltaik auf städtischen Dächern
14. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 15.07.2011
betr. Mozartstraße
15. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 09.08.2011
betr. Grünflächen-Patenschaften
16. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Scherpenseel vom
30.08.2011 betr. Neuorientierung und Umsetzung des Hochwasserschutzes
"Heerleener Straße"
17. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 17.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Schulsozialarbeit
18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses
vom 03.02.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses
vom 17.03.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
20. Personalangelegenheit
- 20.1 Vorstellungsgespräche bez. der Fachbereichsleitung Hoch- und Tiefbau
- 20.2 Antrag auf weitere Hinausschiebung der Altersgrenze
21. Grundstücksangelegenheiten
- 21.1 Veräußerung eines städtischen Grundstücks,
hier: Teilfläche aus Gem. Übach-Palenberg, Flur 40, Nr. 643
22. Vergabeangelegenheiten
- 22.1 Auftragsverlängerung Gebäudereinigung
- 22.2 Prüfung der Jahresrechnung
23. Ansiedlung eines neuen Hotels in der Stadt Übach-Palenberg

24. Erweiterungen zur Tagesordnung
25. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als persönliche Vertreterin für Stadtverordneten Reißmayer
Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Schneider
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Herbert Mlaker	SPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Overländer
Herr Hüseyin Salin	SPD	als persönlicher Vertreter für Stadtverordnete Kuhlmei
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP	
Herr Jörg Ulrich	CDU	als Vertreter für Stadtverordneten Peter Fröschen
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Kämmerer Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 14.07.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.07.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

2.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.02.2011 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.02.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.03.2011 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.03.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Festlegung des Termins für den 31. Bürgerempfang**

Beschlussempfehlung:

Der 31. Bürgerempfang findet am 7. Januar 2012, im Pädagogischen Zentrum, Otto-von-Hubach-Straße, in der Zeit von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr, statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion lehne die Neufassung der Zuständigkeitsordnung ab. Eine Begründung hierfür werde er in der Ratssitzung abgeben.

Stadtverordneter **Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion der Neufassung der Zuständigkeitsordnung in vollem Umfang zustimme.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion stimme ebenfalls der Neufassung der Zuständigkeitsordnung zu.

Stadtverordneter **Dr. Tuchtenhagen** teilte mit, dass auch er für die Neufassung stimme.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie stimme der Neufassung nicht zu, da sie eine Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse für notwendig halte.

Beschlussempfehlung:

Die Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung, da er aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 6 GO zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht besitzt.

5. **Änderung der Bestellung von Vertretern der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service**

Beschlussempfehlung:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service wird als Ersatz für Dezernent Hans-Peter Gatzen Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek entsandt.

Als Stellvertreterin der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service wird als Ersatz für Stadtamtsrat Michael Wirth Stadtinspektorin Jutta Gündling entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. **Festsetzung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2011**

Beschlussempfehlung:

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10 Millionen Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. **Änderung der Dringlichkeitsliste zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen**

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, wer die neue EDV-Ausstattung pflegen werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** antwortete, er dürfe im IT-Bereich eine neue Person einstellen, so dass die komplette Pflege durch die Verwaltung erfolgen könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle sich für die Sitzungsvorlage bedanken. Sie enthalte alles, was die SPD-Fraktion gefordert habe im Hinblick auf die zurückzustellenden Maßnahmen zugunsten der Schulen.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob eine Genehmigung der Kommunalaufsicht zur Einstellung einer Person im IT-Bereich vorliege.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** antwortete, dass bereits im letzten GPA-Bericht auf die Erforderlichkeit einer weiteren Person im IT-Bereich hingewiesen worden sei. Mit der Umsetzung des neuen IT-Konzeptes und der anschließenden Pflege und der damit verbundenden Mehrarbeit erhöhe sich diese Erfordernis, so dass er davon ausgehe, dass die Kommunalaufsicht keine Einwände habe. Über die Einstellung könne die Stadt eigenverantwortlich ohne eine Genehmigung entscheiden.

Beschlussempfehlung:

Die Dringlichkeitsliste wird zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen wie aus der Anlage ersichtlich geändert (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. **Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung im Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig beschlossen worden

sei. Allerdings sollte der Betrag 410,00 € jeweils um den Begriff "netto" ergänzt werden.

Beschlussempfehlung:

Die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg wird neugefasst (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Der Betrag 410,00 € wird jeweils um den Begriff "netto" ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. **Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagsschule ab dem Schuljahr 2012/13**

Stadtverordnete **Weinhold** teilte als Vorsitzende des Ausschusses für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration mit, dass der Beschlussempfehlung im Ausschuss einstimmig gefolgt worden sei.

Beschlussempfehlung:

1. Vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenz wird die KGS Übach in eine Offene Ganztagsschule umgewandelt.
2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg sind die zur Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagsschule erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushalt 2012 einzustellen.
3. Die Durchführung der OGS erfolgt im Rahmen eines nach Erlasslage auskömmlichen Finanzierungskonzeptes, wobei die Stadt eine Garantieverpflichtung für evtl. Finanzierungslücken bis zur Höhe von 5.000 Euro jährlich übernimmt, da seitens der Schule auf den Einsatz der städt. Eigenmittel für die Ausgestaltung außerunterrichtlicher Angebote zu verzichten ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. **42. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Einkaufszentrum Am Wasserturm -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und
Anordnung der öffentlichen Auslegung**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion der vorliegenden Be-

schlussempfehlung zustimmen werde. Er wolle allerdings die gestrige Einwohnerversammlung ansprechen, in der vorgebracht worden sei, dass man mit einer Veranstaltung einem so komplexen Thema nicht gerecht werde.

In dem Zusammenhang wolle er darauf hinweisen, dass, wenn man die in der Ratssitzung am 12.05.2011 beschlossene Einwohnerversammlung durchgeführt hätte, dieser Kritik entgangen wäre. Er würde gerne wissen, warum diese Einwohnerversammlung nicht stattgefunden habe.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass zu dem Zeitpunkt der Bearbeitungsstand noch nicht weit genug vorangeschritten war und entsprechende Informationen nicht vollständig vorlagen.

Stadtverordneter **Weißborn** merkte an, dass die Verwaltung aus einem solchen Grund doch wohl nicht einen Ratsbeschluss aushebeln könne. Er wolle nochmals betonen, dass ein einstimmig gefasster Ratsbeschluss nicht umgesetzt worden sei.

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen vorgetragen wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.9 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
Im Rahmen des interkommunalen Abstimmungsgebotes gem. § 2 Abs. 2 BauGB haben die Stadt Baesweiler (Anlage 2.7) und die Stadt Herzogenrath (Anlage 2.4) Anregungen vorgebracht (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
Die Stadt Alsdorf und die Gemeinde Landgraaf haben keine Anregungen vorgebracht. Die Stadt Geilenkirchen hat sich positiv zu der Planung geäußert und ein gutes Gelingen gewünscht (das Schreiben der Stadt Geilenkirchen ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).
3. Der Planentwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes – Einkaufszentrum Am Wasserturm - wird beschlossen.
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes – Am Wasserturm - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -

Beschlussempfehlung:

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der S-Bauland GmbH, Dr.-Eberle-Platz 1, 41812 Erkelenz wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, sie werde gegen die Beschlussempfehlung stimmen. Und zwar nicht, weil sie etwas gegen die Realisierung habe, sondern weil sie insbesondere die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan für nicht realisierbar halte. Als Argument nannte sie das Baugebiet Kirchenweg I. Hier seien auch viele Vorgaben nicht eingehalten worden, wie zum Beispiel die Begrünung der Vorgärten. Große Grundstücksflächen seien entgegen der Vorgaben zugestrichelt worden.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, dieses Handeln könne er nicht nachvollziehen. Man könne doch nicht gegen etwas stimmen, weil man glaube, dass dies nicht eingehalten werde. Es sei Aufgabe der Verwaltung, dass die beschlossenen Vorgaben eingehalten werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er werde der Beschlussempfehlung zustimmen. Er könne Stadtverordnete Bartel jedoch verstehen. Man habe die Erfahrungen gesammelt, dass die textlichen Festsetzungen nicht immer eingehalten worden seien. Ihn interessiere, wie die Verwaltung damit umgehen wolle.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte in Bezug auf die Aussage des Stadtverordneten Gudduschat, dass sie ihr Verhalten als einzige Möglichkeit sehe, ihren Protest zu äußern. Warum solle sie für etwas stimmen, dass sie nicht für umsetzbar halte.

Dezernent **Gatzen** erläuterte, er habe zwischenzeitlich eine Ortsbesichtigung des Baugebietes Kirchenweg I vorgenommen und sei über die Situation der Vorgärten entsetzt gewesen. Inzwischen habe man ein Anschreiben an die Eigentümer erstellt, die die Vorgaben nicht eingehalten haben. Die Schreiben werden spätestens Anfang der kommenden Woche verschickt. Hierin versuche man zunächst, die Eigentümer für den ökologischen Sinn der Vorgaben zu sensibilisieren. Auch wolle man mit einem Presseartikel auf den ökologischen Nutzen hinweisen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er halte das geplante Vorhaben der Verwaltung für gut. Er habe die Bitte, dass der Rat über die Entwicklung informiert werde. Auch wolle er darauf hinweisen, dass es bei der Kontrolle der Vorgaben auch um Gerechtigkeit gehe. Immerhin gebe es auch Eigentümer die sich an die Vorgaben

halten. Wie wolle man denen gegenüber argumentieren, dass andere machen können, was sie wollen.

Stadtverordnete **Appelrath** regte an, dass man bereits im Vorfeld einer Bebauung für den ökologischen Nutzen bestimmter Vorgaben sensibilisieren müsse. Von vorneherein müssen auch die Festsetzungen zu einem Bebauungsplan nach außen kommuniziert werden.

Beschlussempfehlung:

1. Über die von Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bzw. § 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlage 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 111 – Kirchenweg II – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

13 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

zu 2:

Jeweils einstimmig

zu 3:

14 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

13. Photovoltaik auf städtischen Dächern

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass die Angelegenheit in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses ausführlich diskutiert, aber keine Beschlussempfehlung abgegeben worden sei.

Man habe die 3 Möglichkeiten

1. Eigenrealisierung,
2. Dachverpachtung,
3. Bürgerfonds

vorgestellt. Allerdings habe der Vertreter der Kreissparkasse von vorneherein vom Bürgerfonds abgeraten.

Sachkundiger Bürger Dr. Wissing favorisiere die Eigenrealisierung. Hierzu habe er

im Anschluss an die Bau- und Umweltausschusssitzung auch freundlicherweise eine große Menge Informationen per Mail zur Verfügung gestellt.

Dezernent Gatzen habe allerdings bereits in der Ausschusssitzung darauf hingewiesen, dass die Kommunalaufsicht der Eigenrealisierung nicht zustimmen werde. Nun sei eine schriftliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht eingegangen. Dezernent Gatzen verlas die Stellungnahme (diese ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Aufgrund dieser Stellungnahme schlage die Verwaltung vor, für die als geeignet eingestuften Dächer eine Ausschreibung für die Verpachtung zu fertigen.

Zusätzlich wolle Dezernent **Gatzen** Herrn Dr. Wissing um Beratung bitten, auf dem CMC-Gelände eine Photovoltaik-Anlage zu errichten. Hier sei man frei von der Erlaubnis der Kommunalaufsicht, da die CMC GmbH über Eigenmittel verfüge.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, sie halte die Stellungnahme der Kommunalaufsicht für nicht nachvollziehbar. Die Eigenrealisierung böte die Möglichkeit Einnahmen ohne Risiko zu erzielen. Daher werde sie auch gegen die Verpachtung der Dachflächen stimmen. Sie fragte, ob dem Landrat die Informationen des Herrn Dr. Wissing vorgelegt worden seien.

Dezernent **Gatzen** bestätigte dies.

Stadtverordneter **Weißborn** sagte, es werde ja wohl nicht erwartet, dass hierzu heute eine Entscheidung getroffen werde. Man habe gerade erst das Schreiben der Kommunalaufsicht zur Kenntnis erhalten. Zudem habe man die Informationen des Herrn Dr. Wissing überhaupt nicht zur Verfügung gestellt bekommen.

Stadtverordneter **Gudduschat** vertrat ebenfalls die Meinung, dass eine heutige Abstimmung zu kurzfristig sei. Auch stimme er zu, dass alle die Informationen des Herrn Dr. Wissing zur Verfügung gestellt bekommen sollten. Allerdings wies er auch auf die drängende Zeit in Bezug auf den Jahreswechsel und den sich damit verändernden rechtlichen Bestimmungen hin. Man sollte versuchen, in der kommenden Ratssitzung eine Entscheidung herbeizuführen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie habe die Unterlagen des Herrn Dr. Wissing von ihm persönlich zugeschickt bekommen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass die anderen Fraktionen die Unterlagen nicht erhalten haben.

Die UWG-Fraktion werde dem Vorschlag der Dachflächenverpachtung zustimmen. Durch diese Alternative könne die Stadt auf jeden Fall Einnahmen erzielen. Allerdings sei sie auch damit einverstanden, wenn erst im Rat hierüber abgestimmt werde.

Bürgermeister Jungnitsch ließ darüber abstimmen, eine Entscheidung erst im Rat zu treffen. Die Unterlagen des Herrn Dr. Wissing werden den Rats- und Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt (die Unterlagen sind als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 15.07.2011 betr. Mozartstraße

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, den Tagesordnungspunkt an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte sich hiermit einverstanden. Er wolle allerdings bereits jetzt darauf hinweisen, dass Änderungen in der Mozartstraße zu Verlagerung des Problems in die umliegenden Straßen führen könnten.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, auch er stimme einem Verweis in den zuständigen Fachausschuss zu. Dort könne man die Angelegenheit besprechen auch unter dem Hinweis des Stadtverordneten Weißborn.

Stadtverordneter **Junker** erläuterte, es sollte zunächst eine Überprüfung der Verkehrs- und Parksituation durch die Verwaltung erfolgen und zwar zu unterschiedlichen Tages- und Wochenzeiten, um eine objektive Betrachtung und eine darauf aufbauende Entscheidungsfindung im Fachausschuss zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 09.08.2011 betr. Grünflächen-Patenschaften

Stadtverordneter **Gudduschat** schlug vor, den Tagesordnungspunkt an den Bau- und Umweltausschuss als zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, hiergegen habe er keine Einwände. Er wolle aber darauf hinweisen, dass die Grünflächenpatenschaft keine neue Idee sei. So bestehen zum Beispiel bereits solche Patenschaften in der Südstraße. Er habe daher die Bitte an die Verwaltung, Informationen hierzu im Ausschuss vorzulegen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 16. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Scherpenseel vom 30.08.2011 betr. Neuorientierung und Umsetzung des Hochwasserschutzes "Heerleener Straße"**
-

Stadtverordnete **Gillen** erläuterte, der Hochwasserschutz in Scherpenseel sei ein leidiges Thema. Es werde gewünscht, dass das bestehende Gutachten hierzu neu überarbeitet werde, da dies einen Anschluss des niederländischen an das deutsche Kanalsystem vorsehe. Da die Kanalsysteme aber unterschiedlich seien, wisse sie nicht, wie dies in Einklang zu bringen sei. Sie bitte um eine neue Betrachtung und Bewertung der Angelegenheit.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, hierbei handele es sich um ein sehr komplexes Thema. Er schlage daher vor, die Angelegenheit in den Fachausschuss zu verweisen. Dort könne dann auch über den derzeitigen Sachstand berichtet werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, Hochwasserschutz sei ein wichtiges Thema. Grundsätzlich habe er auch keine Einwände, die Angelegenheit im Fachausschuss zu behandeln. Er bitte jedoch, die Angelegenheit zunächst bis zu kommenden Ratssitzung zurückzustellen.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass die Tagesordnung des Rates entsprechend erweitert werden müsse.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 17. Erweiterungen zur Tagesordnung**
-

- 17.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Schulsozialarbeit**
-

Stadtverordnete **Weinhold** teilte als Vorsitzende des Ausschusses für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration mit, dass der Ausschuss der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt habe. Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski habe vorgeschlagen, dass nicht die Verwaltung vorgeben solle, wo die Sozialarbeiter eingesetzt werden, sondern dass dies den Schulen überlassen werden sollte.

Beschlussempfehlung:

- 1. Dem Abschluss des als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Ver-**

trages zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Übach-Palenberg zur Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaktes wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Die Stellen sind einzurichten und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Diese werden vollumfänglich gedeckt durch die Finanzierungszusage des Kreises.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch gab folgende Presseerklärung ab:

"In der heutigen Ratssitzung am 15. September 2011 wurde im nicht-öffentlichen Teil die Thematik „Derivat-Geschäfte der Stadt Übach-Palenberg“ mit Vertretern der WestLB ausführlich diskutiert.

Ab dem Jahre 2005 bis zum Sommer des Jahres 2009 wurden durch die Stadt Übach-Palenberg in einem großen Umfang Zinsderivat-Geschäfte auf Basis eines Rahmenvertrages mit der WestLB abgeschlossen. Diese sog. Zins-Swap-Geschäfte, als eigenständige Geschäfte haben das Ziel, die Zinsaufwendungen für bestehende Kreditgeschäfte zu senken.

Im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW der überörtlichen Prüfung der Stadt Übach-Palenberg, die von Nov. 2005 bis Jan. 2006 stattfand, wurden ausdrücklich der Rahmenvertrag zu einem „aktiven Zinsmanagement“ sowie der Abschluss von Zins-Swap-Geschäften positiv bewertet und angeregt, internationale Zins- und Währungsderivate nach Prüfung in Betracht zu ziehen!

Für die Stadt Übach-Palenberg bestehen zum Stichtag 31.07.2011 Derivat-Geschäfte in Höhe von ca. 40,5 Mio. Euro nominal.

Bei Zins-Swap-Geschäften unterscheidet man grundsätzlich zwei Arten: Zinssicherungs- und Zinsoptimierungsgeschäfte. Während Zinssicherungsgeschäfte lediglich die (Ab-)Sicherung eines bestimmten Zinssatzes zum Ziel haben und insofern eher risikoarme Geschäfte sind, beabsichtigen Zinsoptimierungsgeschäfte durch aktives Spekulieren auf bestimmte Zinsentwicklungen am Markt die Senkung von Zinsaufwendungen. Diese Geschäfte zählen folglich zu den risikobehafteten Geschäften. Beide Arten sind grundsätzlich für die Städte und Gemeinden in NRW durch den Krediterlass zugelassen.

Vereinfacht dargestellt bedeutet das „aktive Spekulieren“, dass z.B. bei Geschäften auf Basis des Schweizer Franken auf dessen Umtauschkurs mit Bezug auf den Euro „gewettet“ wird. Bewegt sich der Umtauschkurs oberhalb einer bestimmten vorher definierten Bandbreite, erhält die Stadt Geld, fällt er unterhalb dieser Bandbreite, muss die Stadt Geld an den Vertragspartner zahlen, wie es aktuell der Fall ist. Je tiefer der Kurs fällt, umso mehr Geld ist zu zahlen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Schweizer Franken-Geschäfte in der Vergangenheit als verhältnismäßig konservativ galten und in der kommunalen Familie daher auch nicht unüblich waren.

Das Arrangement der Stadt Übach-Palenberg mit der WestLB ist auf eine breite Streuung zwischen risikoarmen und risikoreichen Papieren ausgerichtet.

In der Vergangenheit konnte der Zinsaufwand aufgrund der eingesetzten Derivate tatsächlich im Verhältnis zu den Kreditgeschäften gesenkt werden, was dem Haushalt der Stadt zu Gute kam. Zum 01.09.2011 ergibt sich ein noch positiver Saldo aus Zinsoptimierungsgeschäften in Höhe von ca. 320.000 Euro. Dieser wird allerdings, bei der derzeitigen Entwicklung bis Ende des Jahres ins Negative umschlagen. Der Grund hierfür liegt in der allseits bekannten finanzpolitischen Situation, die derzeit in der Welt herrscht. Hierdurch sind insbesondere zwei der risikobehafteten Arrangements - abgeschlossen auf Schweizer Franken - aus dem Ruder gelaufen. Diese beiden Verträge kosten die Stadt aktuell für drei Monate ca. 400.000,00 Euro!

Da die Verträge mit der WestLB langfristig, teilweise bis 2035, abgeschlossen wurden, ist ein Ausstieg sehr schwierig und für die Arrangements in Schweizer Franken aktuell sehr teuer.

Der Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg hat den Rat der Stadt kurz nach Amtsantritt und seiner erstmaligen Kenntnisnahme dieser in der Vorgängerzeit abgeschlossenen Geschäfte über diese in nicht-öffentlicher Sitzung informiert und regelmäßig über den Verlauf der Entwicklung berichtet.

Dies wird er auch in Zukunft so handhaben bzw. noch intensivieren. Da dem Bürgermeister sowie auch dem neuen Kämmerer Transparenz im Handeln wichtig sind, werden diese Informationen zukünftig allerdings im öffentlichen Teil der Ratssitzungen gegeben.

Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Übach-Palenberg stehen insbesondere Zinsswapgeschäften als Optimierungsgeschäfte grundsätzlich sehr distanziert gegenüber, weil, so der Bürgermeister, die weltpolitische Entwicklung im Finanzbereich durch Niemanden, auch keinen sog. Fachmann, vorhergesehen werden kann. Ein Bürgermeister einer mittleren Stadt hat auch eigentlich völlig andere Aufgaben, als volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Finanzentwicklungen zu betrachten und zu bewerten.

Da nun aber die Verträge seinerzeit geschlossen worden sind, sind diese auch einzuhalten. Die Stadt Übach-Palenberg muss nun versuchen, den Schaden so gering wie möglich zu halten und lotet hierzu permanent alle Möglichkeiten aus! Das dies ein ausgesprochen schwieriges Unterfangen ist und sehr abhängig vom Verlauf und der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte und den politischen Entscheidungen rund um den Globus, sollte allen Verantwortlichen in Rat und Verwaltung klar sein.

gez.

Wolfgang Jungnitsch
Bürgermeister

Björn Beeck
Kämmerer"

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 18.16 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Jungnitsch um 19.37 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin